

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7. Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 101 A

BERLIN • Sonnabend, den 30. April 1932

1 JAHRGANG

Kriegsrüstung in England.

„Nationale Sicherheit“ über alles. — Die Gefahr für den Frieden.

Neville Chamberlains Budget.

Vorige Woche wurde das englische Budget bekanntgegeben. Der „Daily Herald“, die Zeitung der Arbeiterpartei, kennzeichnete es treffend mit den Worten: „Für niemanden etwas“.

Bei den Steuern und auf der Ausgabenseite sind nur geringe Veränderungen vorgesehen. Keiner der Abstriche, die SNOWDEN beim Amtsantritt der Nationalen Regierung in seinem Notbudget vorgenommen hatte, wurde beseitigt. Die meisten Anhänger der Regierung rechneten mit einer Ermäßigung der Einkommensteuer um 6 Pens (diese Steuer wird in England fast ausschließlich von der besitzenden Klasse getragen); diese Ermäßigung wurde aber nicht vorgenommen. CHAMBERLAIN setzte nicht einmal die Biersteuer herab, obwohl das nicht nur von den meisten Konservativen, sondern auch von der Arbeiterpartei gefordert worden war; er behauptete, die Staatskasse könne eine Kürzung der Einnahmen aus dieser Quelle nicht ertragen. Ein allerdings wenig bedeutsamer Angriff auf die Arbeiterklasse ist die Erhöhung der Zölle um 4 Pens für das ¼ Kilo.

Kurz, man hatte sich entschieden, ein ausgeglichenes Budget auszugeben, zu halten, ohne sich zu bemühen, bei dem einen Teil des Volkes besondere Gunst zu gewinnen und ohne Gefahr zu laufen, bei einem anderen Teil besonderen Widerstand zu erregen. — In der Tat wäre jede Erläuterung zu diesem Budget überflüssig, wenn sie nicht erforderlich wäre zu einem zunächst unbedeutend erscheinenden Punkt.

Wegen der Einführung von neuen Zöllen, die Ende der Woche bekanntgegeben werden sollten, wurde eine Erhöhung der Einnahmen um 5 Millionen Pfund vorgesehen. Das bedeutet, daß entweder die geplante Erhöhung der Zölle nur gering ist, oder aber so einfuhrhemmend, daß infolge stark herabgesetzter Einfuhr die Zolleinnahmen verringert werden. Die inzwischen erfolgte Veröffentlichung der Zolländerungen hat gezeigt, daß man sich zu dem letzteren entschlossen hat. Um die volle Bedeutung der Zolländerungen zu verstehen, müssen wir an die Ereignisse erinnern, die zu ihnen geführt haben.

Die neuen Zollerhöhungen.

Das erste Zollgesetz der Nationalen Regierung (Abnormal Importations Act), das Ende 1931 in drei Etappen durchgeführt wurde, belegte eine Reihe von Fertigwaren mit einem vorübergehenden Zoll von 50 Prozent, in einigen Fällen sogar von 100 Prozent. Dieses Gesetz war eingeführt worden, um die Zunahme der Einfuhr nach England zu hindern, die zu erwarten war infolge des Interesses der ausländischen Produzenten, ihre Waren vor Errichtung der Zollmauern nach England einzuführen, nachdem der Erfolg der konservativen Partei bei den Wahlen die Einführung von Schutzzöllen angekündigt hatte.

Der zweite Schritt in der Zollgesetzgebung war das Einfuhrzollgesetz vom Februar (Import Duties Act), das mit Ausnahme einer beschränkten Anzahl von Rohstoffen und Nahrungsmitteln die gesamte Einfuhr — abgesehen von der Einfuhr aus dem britischen Weltreich — mit 10 Prozent Zoll belegte. Dieses Gesetz sah ferner die Bildung eines Beratenden Ausschusses für Einfuhrzölle von drei Mitgliedern vor. Dieser Ausschuss hat die Vollmacht, Zollerhöhungen zu empfehlen für alle Einfuhrwaren, die mit dem allgemeinen Zoll von 10 Prozent belegt waren.

Jetzt, nach dem Ablauf der vorübergehenden Zölle, die in dem ersten Zollgesetz vorgesehen waren, hat der beratende Ausschuss am 25. April die Gelegenheit wahrgenommen, die Ergebnisse seiner ersten Erwägungen bekannt zu geben. Es ist bemerkenswert, daß die neu vorgeschlagenen Zollerhöhungen eingeführt werden, ohne auch nur dem Scheine nach die Interessen der Konsumenten und der betroffenen Industrien zu berücksichtigen, daß sie ferner am Montag, dem 25. April, durchgeführt wurden, ohne daß das Parlament sie beraten oder gebilligt hätte.

Was ist das Wesentliche an den neu vorgeschlagenen Zolländerungen? Es ist unmöglich, hier im einzelnen die lange Liste der vorgeschlagenen Zölle zu behandeln. Darum mag eine Uebersicht über die Hauptposten genügen. Die Empfehlungen des Ausschusses beziehen sich in der Hauptsache nur auf Güter, die ganz oder doch zum größten Teil Industrie-Erzeugnisse sind. Auf Textilwaren (ausgenommen Garne) und die meisten anderen Industriewaren wurde ein Zoll von 20 Prozent gelegt (betroffen werden außer Maschinen viele Artikel des täglichen Massenbedarfs, wie Kleidung,

Spitzel verfallen der Feme. NS-Mord am Wahltag.

h Berlin, 28. April.

Am vergangenen Wahlsonntag wurde der Architekt FREECK aus Steglitz in einem Garten am Bahndamm tot aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen haben jetzt ergeben, daß FREECK am Sonnabend abend von den drei Steglitzer NS ZWICKLINSKI, SEIBEL und SOLDAU überfallen und erschlagen worden ist. Die drei geben an, sie hätten FREECK für einen kommunistischen Spitzel gehalten.

Ein Uebermaß an Reformismus.

Die englischen Gewerkschaften in Ottawa.

Der Hauptausschuß des englischen Gewerkschaftskongresses hat die Einladung der Regierung angenommen und für die Weltreichskonferenz in Ottawa den Präsidenten des Ausschusses BROMLEY und den Generalsekretär CIRINE ernannt. Der englische Gewerkschaftskongress wird auf der Weltreichskonferenz durch diese Vertreter unter anderem den Vorschlag machen, einen Weltreichs-Wirtschaftsausschuß zu schaffen, der in praktischer und beratender Arbeit die Entwicklung der wirtschaftlichen Quellen und des Handels des englischen Weltreichs fördern soll. Dieser Vorschlag wird auch von dem englischen Industriellenverband unterstützt.

Stiefel, Schuhe, Papier, Geschirr, Messerwaren, Glaswaren u. s. w.). Für gewisse Industriewaren wurde „aus besonderen Gründen“ ein niedrigerer Satz von 15 Prozent festgesetzt, so für landwirtschaftliche Maschinen und einen erheblichen Teil der Baustoffe. Dagegen ist für die meisten Luxuswaren, wie Toilettegegenstände, Juwelierwaren u. s. w., ein höherer Satz von 25 oder 30 Prozent vorgesehen.

Der Ausschuss teilt überdies mit: „Er sei zwar bereit, Erhöhungen dieser Zollsätze zu erwägen, damit die betroffenen Industrien mindestens einen gewissen Schutz hätten; er schlage aber nicht vor, Veränderungen der Zollsätze nach unten zu empfehlen, von Ausnahmefällen abgesehen“. Die Befürchtungen, die diese Mitteilung hervorruft, werden nicht gemindert durch die richtige, aber in diesem Fall unangebrachte Behauptung: „Die Wiederaufrichtung einer Industrie auf einer befriedigenden Basis sei ebenso sehr von ihrer zweckmäßigen Reorganisation und Ausrüstung wie von der Höhe der Schutzzölle abhängig.“

Der dritte Schritt in der Zollgesetzgebung der Nationalen Regierung, der soeben von dem Beratenden Ausschuss getan wurde, stellt England — um die Worte des „Manchester Guardian“ zu benutzen, —

„verglichen werden kann mit dem der Hochschutzzollländer“, „unter ein Schutzzollsystem, das in bezug auf Vollständigkeit, Höhe der Zölle und Belastung durch die Zölle nur

Lebenswichtig für die nationale Sicherheit . . .

Noch ein Punkt in dem neuen Gesetz verlangt besondere Aufmerksamkeit, da er neben allem anderen einen klaren Fingerzeig gibt über die Richtung des Kurses, für die sich die gegenwärtige Regierung entschieden hat. Für drei Monate, bis die Kommission „in der Lage ist, einen Plan von dauerhafter Natur vorzulegen“, soll Eisen und Stahlhalbzweig mit einem Zoll von 33½ Prozent belegt werden.

Dies ist die Entscheidung des Ausschusses zu dem Problem, das vor kurzem Anlaß zu viel Streit innerhalb der eigenen Reihen der Regierung gegeben hatte:

Wie weit sollen diese lebenswichtigen Rohstoffe der englischen Industrie, Eisen und Stahl, mit Zöllen belegt werden? Zuerst schien es unwahrscheinlich, daß die Regierung überhaupt beabsichtigt, diese Rohstoffe mit Zöllen zu belegen. Noch im Dezember empfing der Handelsminister RUNCIMAN eine Abordnung von 40 konservativen Unterhaus-Mitgliedern, die Eisen- und Stahlzölle verlangten, sehr kühl. Er setzte im Parlament auseinander, daß nur 188 000 in der Eisen- und Stahlindustrie Beschäftigte von der Verzollung dieser Rohstoffe einen Vorteil haben würden, daß aber 1 825 000 Personen in solchen Industrien beschäftigt sind, für die Eisen und Stahl die Hauptrohstoffe sind. Diese Industrien seien äußerst abhängig von der Ausfuhr; auf sie könne eine Erhöhung der Produktionskosten eine vernichtende Wirkung haben. Bereits die Belegung dieser Rohstoffe mit dem allgemeinen 10 prozentigen Zoll durch das Einfuhrzollgesetz war eine Ueber-

AUS DEM INHALT:

Bedeutsame Halsschmerzen.
Die Einheitsfront der Imperialisten.
Volksgesundheit in der Krise.
Sozialisierung der Aerzte in Kanada.
Krise und Planwirtschaft.
Vorschub für Reaktion und Faschismus.
Reingefallene Betrüger.
Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung.
12 000 Gastwirtsangestellte ausgesperrt

raschung. Nun aber beginnt die Regierung eine Politik, die in einem allgemeinen Schutzzoll für die Eisen- und Stahlindustrie gipfelt.

Warum dieser Wechsel in der Politik? Der Bericht des Ausschusses gibt uns eine Antwort auf diese Frage durch die sehr bezeichnende Feststellung:

„Wir sind überzeugt, daß die Aufrechterhaltung einer blühenden Eisen- und Stahlindustrie mit höchstem Wirkungsgrad wesentlich ist für den wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes, weil sie vom Standpunkt der nationalen Sicherheit als lebensnotwendig betrachtet werden muß.“

Wir nehmen daher den vorläufigen Vorschlag an, daß diese Industrie angemessen und sofort geschützt werden soll.“

Das ist eine eindeutige Erklärung über die Notwendigkeit einer gut ausgebauten Eisen- und Stahlindustrie für den Fall eines Krieges. Es ist weder neu noch überraschend, daß eine kapitalistisch-imperialistische Macht die einheimische Produktion derjenigen Rohstoffe subventioniert, die in Kriegzeiten notwendig sind. England hat ja jahrelang außerordentlich hohe Subventionen für die Entwicklung der Produktion von Zuckerrüben und chemischen Farben bezahlt. Wichtig ist, festzustellen, daß die englische Regierung offenbar den Ereignissen der letztvergangenen Monate mit der wachsenden Gefahr eines Weltkrieges eine ausreichende Bedeutung beimißt, um sich für eine Hochschutzzollpolitik zu Gunsten der Eisen- und Stahlindustrie zu entscheiden, trotz der starken entgegengesetzten industriellen Interessen.

Das Selbstvertrauen der Regierung.

Was immer die Fehler der Schutzzöllner sein mögen, von denen die gegenwärtige Regierung beherrscht wird, Mangel an Selbstvertrauen zu ihrer eigenen Politik ist sicher keiner dieser Fehler! Sie sind davon überzeugt, daß der Wechsel in der englischen Finanzpolitik England und dem britischen Weltreich den wirtschaftlichen Wohlstand zurückbringen wird.

Die Rede des liberalen Handelsministers RUNCIMAN vom 14. April, enthielt eine Zusammenfassung der Entwicklung der englischen Wirtschaftslage, die die Herzen der gegenwärtigen Regierung und ihrer Anhänger erfreute. RUNCIMAN setzte auseinander, daß die Zahl der Beschäftigten vom September 1931 bis zum März 1932 beinahe um eine Viertel Million gestiegen sei, daß die nicht-lebensnotwendige Einfuhr in derselben Zeit unmittelbar um 8 Millionen Pfund und mittelbar um 16 Millionen Pfund abgenommen hätte. Die englische Ausfuhr sei zwar zurückgegangen, sie habe aber unter der Schrumpfung des Welthandels weniger gelitten als die Ausfuhr irgend eines anderen Landes. (Der Ausfuhrückgang im ersten Vierteljahr 1932 habe betragen: in Großbritannien 11 Prozent, in den USA 14 Prozent, in Deutschland 21 Prozent, in Frankreich 38 Prozent.) Ferner hätten 390 fremde Firmen die Errichtung von Fabriken in England erwogen.

Es ist ein blinder Optimismus, der in diesen Tatsachen Zeichen für eine Erholung der Konjunktur sieht. RUNCIMAN hat es wohlweislich unterlassen, die Gründe für die Zunahme der Zahl der Beschäftigten zu untersuchen. Wenn er das getan hätte, dann hätte er gesehen müssen, daß diese Zunahme sich fast ausschließlich auf die Textilindustrie beschränkt. In dieser hat in der Tat die Arbeitslosigkeit vom Dezember 1931 bis zum März 1932 von 488 000 auf 261 000

angenommen. Aber die Wiederbelebung in der Textilindustrie ist nicht auf die Zollgesetzgebung zurückzuführen, da diese Industrie ja hauptsächlich von der Ausfuhr abhängig ist, — sondern auf die Aufhebung der Goldwährung und auf den chinesischen Boykott gegenüber japanischen Waren (vergleiche Nr. 85 des „Funken“).

Ferner ist es ein allzu schwacher Trost für die englischen Exporteure, daß der englische Anteil am Welthandel nicht so schnell sinkt wie der ihrer Konkurrenten — in einer Zeit, in der der Welthandel rascher als je zuvor sinkt!

RUNCIMAN mußte in seiner Rede zugeben, daß die Eisen-, Stahl-, Kohlen- und Schiffbau-Industrie (Englands Grundindustrien) keine Besserung zeigen, auch nicht in bezug auf die Ausfuhr. Er mußte ferner sagen, daß der Schiffbau auf einen tieferen Stand abgesunken ist, als England ihn je gekannt hat, und daß keine Aussicht auf Belobung vorhanden sei, bis eine merkliche Belebung des Weltverkehrs im ganzen stattgefunden habe, — daß die Aussichten für Ausdehnung des englischen Absatzes in Europa kleiner werden.

So liefert die unvoreingenommene Untersuchung der englischen Wirtschaftslage keine Gründe für den Optimismus, mit dem die Regierung ihre Politik verfolgt.

Auch besteht keine Aussicht, daß die anderen Beweisstücke, durch die die Regierung ihre Politik zu rechtfertigen suchte, durch die Praxis erhärtet werden. Erinnern wir uns, was CHURCHILL den Amerikanern im Januar erzählte:

„Ein englischer Schutzzoll würde voraussichtlich der Welt nutzen, indem er den Unsinn und die Gefahren der allgemeinen Bemühungen zeige, den internationalen Handel abzudrosseln. Er würde alle veranlassen, ernsthaft ans Werk zu gehen, um die Schutzzollmauern niederzureißen, die den Weltverkehr so rasch auf den Stand des 18. Jahrhunderts zurückgeschraubt haben.“

Was haben wir inzwischen erlebt? Die polnische Regierung hat sich entschlossen, die Kohlenausfuhr zu subventionieren, um England von dem skandinavischen Markt zu verdrängen. Frankreich hat eine lange Liste von Waren aufgestellt, deren Einfuhr aus England beschränkt wird. Die englische Kohleneinfuhr nach Deutschland wird kontingentiert, und auch Belgien hat die Menge der englischen Kohlen herabgesetzt, die dorthin eingeführt werden darf. RUNCIMAN stellte im Unterhaus fest: „Das Haus sieht sich ausländischen Einfuhrbeschränkungen gegenüber, die alle bisherigen Erfahrungen hinter sich lassen.“ In der Tat: Die Einführung der englischen Schutzzölle hat zu keinerlei Versuchen geführt, international die Zölle herabzusetzen, sondern hat nur den Handelskrieg verschärft.

Was wollen die Liberalen noch im Kabinett?

Von Tag zu Tag wird es schwieriger, die Haltung der Freihändler innerhalb des Kabinetts der nationalen Regierung zu verstehen. RAMSAY MACDONALD hat sich offen für den Schutzzoll erklärt. THOMAS war immer ein Schutzzöllner. RUNCIMANs Bekehrung vom Freihandel zum Schutzzoll ist zwar rasch, aber zweifellos vollständig erfolgt. Die Freihändler im Kabinett sind zusammengeschmolzen auf Lord SNOWDEN, Sir HERBERT SAMUEL und die anderen liberalen Minister, die mit ihnen gegen das Einfuhrzoll-Gesetz stimmten.

Wir sehen kein Anzeichen dafür, daß sie ihre Haltung ändern wollen, obgleich die Opposition gegen die Schutzzollpolitik in den Reihen der Mitglieder der Liberalen Partei wächst.

Die Gründe, mit denen die liberalen Minister ihr Verbleiben in der Regierung zu rechtfertigen versuchten, existieren jetzt offensichtlich nicht mehr:

Die neuen Zollmaßnahmen sind reine Schutzzollmaßnahmen. Sie schaffen weder große Staatseinnahmen, noch dienen sie dazu, die englische Handelsbilanz vorübergehend auszugleichen, wozu sie ursprünglich vorgeschlagen waren. Das Vertrauen des Auslandes zu den englischen Finanzen ist völlig wieder hergestellt; tatsächlich ist ja das Einströmen von kurzfristigen Krediten aus dem Ausland bereits als Störung der englischen wirtschaftlichen Interessen zu betrachten. Es ist nicht einzusehen, wie Sir HERBERT SAMUELS Wechsel von der Regierungsbank auf die Bänke der Opposition die englische Finanzlage beeinträchtigen könnte. Warum bleibt er dann in der Regierung und riskiert den offenen Aufruhr innerhalb seiner eigenen Partei?

Uns scheint es nur eine Erklärung zu geben: Der Hintergrund für das Gerede: „England ist noch nicht aus den

Schwierigkeiten heraus“ und: „nationale Einheit ist noch lebensnotwendig“, mit der die liberalen Minister ihre gegenwärtige Haltung rechtfertigen wollen, ist:

Eine Koalitionsregierung erscheint ihnen notwendig, eine Regierung, die in der Lage ist, dieselben Aufgaben zu erfüllen, wie jene Koalitionsregierung von 1914 bis 1918; sie wollen die Koalitionsregierung erhalten für eine noch weit ernstere nationale Notlage, als die Finanzkrise vom September 1931 es war — eine Koalitionsregierung des Kriegs.

Allen Flanders (London).

Neue Zollverschärfungen in England.

London, 28. April.

Der Unterstaatssekretär im Ueberseedepartement teilte im Unterhause mit, die englische Regierung stimme mit dem Beratenden Zollausschuß darin überein, daß die neuen Zölle

Bedeutsame Halsschmerzen.

Genf, 28. April.

Der Ausschuß für die moralische Abrüstung hat sich nach der Meldung der Presse auf zehn Tage vertagt. Es macht einem unbefangenen Beobachter den Eindruck, als wenn es da nichts zu vertagen gäbe, sondern als wenn dieser Ausschuß überhaupt noch gar nicht zustande gekommen sei. TARDIEU eigenwilliger Kehlkopf hat jedenfalls dafür gesorgt, daß die moralische Atmosphäre in Genf sehr getrübt ist und nur dank der anezogenen Diskretion der Presse und durch die Aussprachen, die die leitenden Minister auf den gerade jetzt zahlreichen Frühstücks und Dinners mit einander führen, einigermaßen ruhig gehalten wird.

Die Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen, das wird offen zugegeben, stockt völlig. Im englischen Unterhaus wurde bereits gefragt, ob wenigstens die Einladungen zur Lausanner Konferenz schon abgeschickt worden seien. Der Frager erhielt die Antwort, daß die englische Regierung gerade wegen des Versendens dieser Einladungen mit den beteiligten Mächten in Briefwechsel stehe!

Man unterhält sich natürlich überall darüber, wann nun eine Zusammenkunft TARDIEU und BRÜNING zustande kommen würde. Nach der französischen Wahl — frühestens nach der Wahl. Denn wenn TARDIEU nicht in Frankreich siegt, wird er, falls er überhaupt noch an der Regierung bleibt, kein Verlangen haben, nach Genf zu kommen. Der Fortgang der Abrüstungs- und Reparationsfragen hängt also allen Ernstes an dem Ausgang der französischen Wahlen und auch an der Wendung der deutschen Politik, wenn diese zu einer Katastrophenpolitik führt. Diese Ueberlegungen dringen dann auch allmählich durch und führen in der Presse bereits zu einer gelasseneren Kritik gegenüber dem jetzigen Nichterscheinen TARDIEUS. Man sagt sich, daß es vor jenen poli-

im allgemeinen vor Ablauf der nächsten zwölf Monate nicht herabgesetzt werden könnten. Die Möglichkeit einer Abänderung gewisser Zollsätze sei jedoch nicht ausgeschlossen, falls ausländische Staaten als Gegenleistung ebenfalls beträchtliche Zollherabsetzungen durchführten, die für die englische Ausfuhr günstig wirkten.

Das Unterhaus nahm am Mittwoch im Rahmen der Haushaltsberatung eine Entschließung an, die das Schatzamt ermächtigt, in Zukunft auf Empfehlung des beratenden Zollausschusses einzelne Warengattungen von der Zollfreiliste zu streichen und mit Zoll zu belegen. Bisher konnten der Freiliste lediglich Waren hinzugefügt, nicht aber solche von ihr entfernt werden. Auf der Zollfreiliste stehen u. a. auch Fleisch und Weizen. Die Vollmacht tritt aber erst in Kraft, wenn auch die entsprechende Finanzentschließung vom Unterhaus angenommen worden ist, was wohl nicht vor sechs Wochen der Fall sein wird.

tischen Entscheidungen ja doch nicht zu einer endgültigen Klärung hätte kommen können. Wenn Amerika auf dem Standpunkt beharrt, daß die europäischen Großmächte sich erst verständigen sollen, ehe Amerika zu einer Aussprache über die Kriegsschulden bereit ist,

dann hängt allerdings die Frage der Abrüstung und der Lausanner Konferenz von der Innenpolitik ab, die in Deutschland und Frankreich getrieben wird.

BRÜNING hat den deutschen Botschafter aus Paris im Genf empfangen, der ihn über die Stimmung in Frankreich orientieren soll.

Kurz vor seiner Abreise am Freitag vormittag hat BRÜNING vor der internationalen Presse eine Erklärung über seine Genfer Besprechungen abgegeben. Er spricht seine Befriedigung über das in den deutsch-englisch-amerikanischen Gesprächen Erreichte aus, bedauert den vorzeitigen Abbruch der Verhandlungen, der durch das Nichterscheinen TARDIEUS erzwungen wurde, und unterstreicht mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der deutsch-französischen Annäherung.

Die Wahlrede, die TARDIEU am Donnerstag abend durch den Unterstaatssekretär CATHALA in Belfort hat verlesen lassen, scheint nach den recht verschiedenartigen Meldungen, die über ihren Inhalt in der deutschen Presse bisher durchgedrungen sind, — die Rechtspresse hebt natürlich die gegen Deutschland gerichteten Worte einseitig hervor —, andere Meldungen bestätigen, daß auch diese Rede vorwiegend eine Kampfansage gegen den Sozialismus war —, den deutschen Nationalisten Anlaß zu geben, die deutsch-französische Annäherung weiter zu erschweren. Wir werden über die Rede genauer berichten, wenn der französische Wortlaut vorliegt.

Einheitsfront der Imperialisten.

Tokio, 28. April.

Das japanische Ministerium hat beschlossen, drei Minenboote nach Amoy zu senden, um den Erfolgen der chinesischen Kommunisten, wenn nötig, entgegenzutreten. Die Kommandanten der Minenboote haben die Anweisung bekommen, nicht nur die eigenen bedrohten Staatsangehörigen auf ihren Schiffen aufzunehmen — so lautet bisher die Aufgabe, die den andern ins Ausland entsandten Schiffskommandanten gegeben worden ist —, sondern, falls es der Schutz der japanischen Interessen erforderlich macht, gegen die Roten Truppen militärisch vorzugehen.

Damit wäre dann der Augenblick gekommen, wo die sonst verfeindeten Nanking- und Japan-Truppen gemeinsam gegen ihren Klassenfeind operieren würden.

An dem Beispiel dieser Erzreaktionäre (der chinesischen und japanischen Imperialisten), die sich im Ernstfall zu einer Klassenpolitik entschließen, sollte sich die Führung des Proletariats ein Beispiel nehmen.

Spionageangst in Polen.

B. T. Warschau, 28. April.

In Lida (Nordpolen) wurden am Mittwoch zwei Bauern wegen Spionage zugunsten eines Nachbarstaates zum Tode verurteilt. Der Staatspräsident machte von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch; die Hinrichtung wurde am Donnerstag früh vollzogen.

In Ostgalizien wurden etwa 20 Ukrainer verhaftet unter der Anklage, sie hätten eine terroristische „Frühlingsaktion“ einleiten wollen. Die Verhaftungen stehen anscheinend im Zusammenhang mit der Verhaftung von 50 Ukrainern, die kürzlich in Polen erfolgte. Die Voruntersuchungen haben einen solchen Umfang angenommen, daß der eigens für wichtige politische Angelegenheiten eingesetzte Untersuchungsrichter von Warschau nach Lemberg entsandt worden ist.

In der belgischen Kammer wurde ein Antrag mit 91 gegen 70 Stimmen abgelehnt, der vorsah, daß der Ausschank von Spirituosen in Kaffeehäusern, Gaststätten und an öffentlichen Plätzen wieder gestattet werden sollte.



PORGY.

Ein Neger-Roman
von du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knauer,
Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(10. Fortsetzung.)

Auf der anderen Seite des Eingangs stand, massig und schwitzend, Maria, im fernsten Winkel ihrer Garküche über den Herd gebeugt. An den kleinen Tischen saßen mehrere Neger lachend und schwatzend beim Abendbrot.

„Hübsche weiße Mädels habt ihr hier in eurer Stadt!“ meinte ein junger, schlanker Mischling wichtig. Er trug einen himmelblauen Anzug, Pepitahosen, gelbe Gamaschen und eine scharlachrote Krawatte, in deren Mitte ein riesiges Hufeisen glitzerte.

„Hör einer doch den ‚Sportmann‘ an!“ rief voller Bewunderung ein anderer schwarzer, etwas tolpatschig aussehender Stutzer. „Wenn er nicht auf die rollenden Würfel starrt, hat er nur Augen für die Weiber!“

Unter Marias schwerem Schritt erzitterte der ganze Raum, als sie ihn jetzt durchquerte. Die Arme auf die Hüften gestemmt, blieb sie vor ihrem buntschillernden Gast stehen und musterte ihn mit finsternen Blicken. Der sah scheinbar auf, senkte aber schnell wieder die Augen und rutschte unruhig auf seinem Stuhl hin und her.

„Nigger!“ fauchte sie ihn schließlich an, so daß er fast von seinem Sitz taumelte. „Ich bin mir nur noch nicht darüber einig, ob ich dich mitsamt deinen Freunden gleich totschiessen soll — oder ob ich euch leben lasse, damit euch später die Weissen aufhängen!“

„Geh zu, alte Dame — red nicht wie so ein altmodischer Ocellampennigger, der den Anschluß verpaßt hat!“ In

New York zum Beispiel, wo ich in einem Hotel Kollner war ...“

Weiter kam er nicht.

„Warum bist du dann nicht in deinem New York geblieben?“ schrie sie los. „Wenn's nach mir ging, stellten wir uns an jedes Schiff, das aus New York kommt, und nähmen jeden von den gottverdammten Niggern, die mit bunten Affenkleidern und so glitzernden Dingen in der Krawatte den Laufsteg herunterstolpern, am Kragen und würfen sie den Haifischen vor, ehe sie ein anständiges Land, wie unseres, betreten! ... Leibweh krieg' ich von deinem New York-geschwätz! Erst vergißt so ein Nigger, daß er Neger ist — und dann kommt er noch hier in ein anständiges Land und will hier die Leute mit seinen albernem Redensarten besoffen machen!“

„Schon gut, Tantchen — drum können wir doch Freunde sein!“

„Ich dein Freund?“ — jedes Wort troff von Verachtung. „Eher leg ich mich mit einer Klapperschlange ins Bett! Scher dich doch nach New York und warte dort ab, bis dich der Teufel holt!“

Plötzlich aber verlor ihr Gesicht den wütenden Ausdruck und wurde ernst. Sie beugte sich zu ihm nieder und sagte sehr ruhig:

„Um's Himmels willen, sprich nie wieder so vor den jungen Leuten hier! ... In unserem Land ist noch niemals ein Neger gelyncht worden, weil Weiße und Neger einander verstehen. Halt also um Gottes willen den Mund von weißen Frauen — es gibt ja genug von deiner Farbe, von denen du schwätzen kannst! Um die kümmer' dich — sonst gibt's hier ein Unglück!“

Während Marias Auseinandersetzung mit ihrem Gast war der Hof erfüllt gewesen von den mannigfaltigen Lauten, die stets sein abendliches Leben begleiteten. Jetzt schwoll der Lärm allmählich ab, schien in sich selbst zusammenzusinken. Jeder wußte, was das bedeutete: ein Weißer war hereingekommen ... Das Schweigen, das der Neger wie einen schützenden Vorhang herabläßt, wenn sich ein Kaukasier in sein Privatleben einzudringen sucht, hing fast fühlbar in der Luft. Jeder gab sich den Anschein, den Fremden nicht zu be-

merken, eifrig mit dem beschäftigt zu sein, was er gerade tat — doch keine Bewegung des Ankömmlings entging fünfzig unorgnündlichen Augenpaaren.

Der Mann, der seinen weichen Hut tief ins Gesicht gezogen hatte, war groß und schlank. Beim Gehen neigte er den Körper leicht nach vorn, wie einer, der gewohnt ist, auf Schwierigkeiten zu stoßen und sie zu überwinden.

Als jetzt eine junge Frau an ihm vorüberging, streckte er die Hand aus und berührte leicht ihren Arm. Sie blieb sofort stehen und wandte sich mit niedergeschlagenen Augen ihm zu, durchaus unterwürdig aber völlig ablehnend.

„Ich suche hier einen Mann namens ‚Porgy‘, sagte er mit klarer, angenehmer Stimme. „Können Sie mir sagen, wo sein Zimmer ist?“

„Porgy?“ wiederholte sie gedehnt, als suche sie sich zu erinnern — dann aber rief sie laut:

„Kennt jemand von euch einen Mann namens Porgy?“

Mehrere der schweigenden Beobachter hoben den Blick.

„Porgy?“ wiederholte einer nach dem anderen und schüttelte den Kopf.

Der Weiße nickte lächelnd, als hätte er das gar nicht anders erwartet. Dann aber sagte er aufmunternd:

„Nur heraus mit der Sprache — ich weiß doch, daß er hier wohnt! Ich bin sein Freund, Herr Alan Archdale, und will ihm helfen.“

Hinter ihren Waschlässern trat jetzt Serona hervor. Im Vorwärtsgehen klopfte sie die Asche aus ihrer Tonpfeife. Dicht vor dem Fremden blieb sie stehen und sah ihm forschend ins Gesicht — dann wandte sie sich dem Mädchen zu.

„Vorwärts — rufe Porgy!“ befahl sie. „Kannst du nicht dem weißen Herrn Auskunft geben, wenn er dich fragt?“

Der jungen Frau schien ein Licht aufzugehen.

„Ach — Sie meinen Porgy?“ rief sie, als hätte sie jetzt erst den Namen gehört. „Ich hatte den Namen nicht verstanden, Herr!“

„Ach — der Herr meint Porgy?“ antwortete es wie ein Echo von verschiedenen Seiten des Hofes. Der Bann war gebrochen, das jäh zurückgestaute Leben flutete weiter.

(Fortsetzung folgt.)

Krise und Planwirtschaft.

Rpt. Berlin, 29. April.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hatte gestern abend zu einem Diskussionsabend über „Krise und Planwirtschaft“ eingeladen. Man hörte jedoch nach einander vier selbständige Referate. (Ein Redner entschuldigte sich, als er sich gedrängt fühlte, auf einen Vorredner einzugehen!)

GUMBEL schilderte den Tatbestand der Krise und machte kurze Andeutungen über Krisentheorien und Vorschläge zur Krisenüberwindung. Dabei bezeichnete er es als „logisch durchaus richtig“, daß von den Liberalen der Abbau von Subventionen, Zöllen u. s. w. gefordert wird, das heißt: von Faktoren, die in das liberale kapitalistische System eingeschaltet sind und nicht zu ihm gehören. GUMBEL fuhr dann fort: Wenn dieses liberale kapitalistische System untergegangen ist, so liegt das an bestimmten Ursachen. (Das ist sicher richtig!) Wenn wir sie beseitigen könnten, so gibt es nichts, was ihre Wiederkehr beseitigen könnte. (Wie wäre es, wenn man die „bestimmten Ursachen“, die GUMBEL leider nicht näher genannt hat, beseitigte, außerdem auch die Umstände, die dem System den kapitalistischen Charakter geben, zum Beispiel also das Bodenmonopol?) Nach kurzer Zeit künstlicher Beseitigung würden wir wieder in den jetzigen Zustand hineinwachsen. —

Hält GUMBEL wirklich den Kapitalismus für eine natürliche Form der Marktwirtschaft? Weiß er nicht, daß sehr viel „Kunst“, nämlich alle Methoden der Gewalt vom primitiven Raub bis zu kunstvollen juristischen Formen notwendig waren, um die kapitalistische Ausbeutung zu ermöglichen?

(Vergleiche Kapitel 24 und 25 des ersten Bandes von MARX' „Kapital“.)

GUMBEL sagte noch ausdrücklich, warum er eine Planwirtschaft wünscht: Weil es sich seiner Ansicht nach in der Marktwirtschaft erst nach Jahren, erst in der Krise, erweist, ob und wo richtig gearbeitet wurde. „Bei jeder Krankheit wird die Ursache bei der Sektion festgestellt. Soll die Volkswirtschaft auf diesem Prinzip aufgebaut werden?“ — Wenn man so fragt, ist die Antwort „Nein“ selbstverständlich!

Wer hat aber bisher nachgewiesen, daß es in der Marktwirtschaft zu Krisen kommen muß, wenn die Marktwirtschaft nicht durch Monopole verzerrt ist?

Nach GUMBEL sprach Dr. REMAK, der dem Publikum als Mathematiker vorgestellt wurde. Ich schätze die Möglichkeit, daß Nationalökonomien von Mathematikern Hilfe erhalten, sehr hoch ein. Auf die Hilfe von Herrn Dr. REMAK möchte ich namens der Nationalökonomie aber doch lieber verzichten, bis er sich etwas ernsthafter mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt hat und dann auch die Wirtschaft nicht mehr als „Riesenspielzeug“ (das Wort hat er benutzt!) in den Händen von „alles überschauen wollenden Mathematikern betrachtet.“ ERICH LEDERMANN, ein Mann der Praxis, trug in großen Umrissen einen Plan zur Finanzierung einer allgemeinen

Arbeitszeitverkürzung mit teilweise Lohnausgleich vor. Wenn dieser Plan durchgeführt würde, so wäre das jedenfalls besser als die Verwirklichung eines der vielen Quacksalber-Rezepte, die in der Öffentlichkeit feil geboten werden. An die Wurzel des kapitalistischen Übels greift sein Plan natürlich nicht.

Es ist interessant, was ein „Mann der Praxis“ mehreren hundert Hörern im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates bieten darf. „Die Preisbildung sei schuld an der Krise“, diese Behauptung illustrierte der Redner durch folgendes mit sichtlicher Mißbilligung vorgetragene Beispiel: BATA hat vor Jahren nach Berlin Schuhe zu 7 Mark das Paar geliefert, die dann zu 21 Mark im Laden verkauft wurden. — Wenige Minuten darauf nannte er als eine Ursache der Krise den Rückgang der Gewinne aus dem Einfuhr- und Ausfuhrgeschäft, besonders mit überseeischen Ländern: Er sei vor dem Krieg als schwerindustrieller Vertreter in Uebersee gewesen und habe dort Lagerware mit 200 Prozent Verdienst verkauft; diese Zeiten seien jetzt vorüber. — Entsteht nicht auch bei 21 Mark Verkaufspreis für BATA-Schuhe ein Gewinn von 200 Prozent?

Die richtigste Bemerkung von LEDERMANN war:

„Die bewährten Fachleute haben immer unrecht.“

Die Richtigkeit dieses Satzes kommt aber nur daher, daß man Männer als bewährte Fachleute bezeichnet, die die Wirtschaftskrise entweder sehr fachgemäß mit hervorgerufen haben oder aber ihren Fortgang mit für Fachwissen gehaltenem Geschwätz begleiten (womit die Redner dieses Abends nicht getroffen werden sollen, obwohl auch sie auf falschem Wege sind).

Wie kann man auf den richtigen Weg kommen?

Stadtbaurat WAGNER machte einleitend sehr richtige Bemerkungen über die „Krise der Vortragswirtschaft“: „Jeder schneidet ein kleines Stück heraus, kaut es im Munde durch, spuckt es aus, dann haben Sie die Darstellung! Wir werden zu einer Rationalisierung der Vortragswirtschaft kommen müssen.“ Diese Feststellung ist richtig, doch sie allein führt nicht weiter, führt nicht heraus aus unfruchtbar aneinander vorbei-Reden. Den Weg zu fruchtbaren Diskussionen zeigt der ISK in seinen öffentlichen Versammlungen, die in dieser Zeitung regelmäßig angekündigt werden.

Nur der Vollständigkeit halber registriere ich planmäßig, wie Stadtbaurat WAGNER Deutschland planwirtschaftlich beglücken will: 1. Außenhandels-Monopol; 2. Registrierung der gesamten Betriebe; 3. Feststellung des Bedarfs. — Er meint selber, das sei nicht einfach.

Warum also nicht den sehr viel einfacheren Weg gehen und dem marktwirtschaftlichen System die monopolistischen Giftzähne ausbrechen?

Aus dem Lager der Reaktion.

Eine halbe Million für dunkle Zwecke der Reichsregierung.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

h. Berlin, 28. April.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages erörterte den Haushalt des Reichsinnenministeriums für 1930. Im Mittelpunkt des Interesses stand eine außerplanmäßige Ausgabe von 496 000 Mark „zur Aufklärung der Bevölkerung über die Absichten und Ziele der Reichsregierung“. Der Berichtserstatter HEINIG (SP) erklärte, daß der Rechnungsausschuß des Haushaltsausschusses des Reichstages die Regierung um Angaben darüber gebeten habe, wie sich diese Ausgabe zusammensetze. Die Regierung habe diese Auskunft abgelehnt, wie sie das auch in früheren Jahren getan habe.

Der Regierungsvertreter im Ausschuß verlas folgende Erklärung des Reichsinnenministers: „Die außerplanmäßig durch Beschluß der Reichsregierung ausgeworfenen 496 000 Mark sind nach den Erklärungen meines Amtsvorgängers (WIRTH, Red.) lediglich für den angegebenen Zweck ordnungsmäßig verwendet worden. Nähere Angaben darüber, für welche einzelnen Zwecke die Verwendung erfolgte, ergeben sich aus den Akten nicht. Angaben dürften mit Rücksicht auf die Zweckbestimmung auch nicht gemacht werden können, ohne Reichs-

interessen zu gefährden. Zu Auskünften, die dieser Zweckbestimmung zuwiderlaufen, indem sie den Zweck vereiteln, erachtet sich die Reichsregierung nicht für verpflichtet.“

Es wurde dann ein deutscher Antrag angenommen, wonach der Ausschuß auf Grund der Reichshaushaltsordnung für diese Ausgaben der Reichsregierung die erforderliche Genehmigung versagt. Die Annahme erfolgte mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und des volksparteilichen Abgeordneten MORATH gegen die Stimmen des Zentrums bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten.

Die Mitteilung der Methoden, mit denen die Reichsregierung die Bevölkerung über ihre Absichten und Ziele aufklärt, würde also Reichsinteressen gefährden! Schließen wir vorsichtiger: die Mitteilung darüber, wozu die Reichsregierung die für jene Aufklärung angesetzten Mittel verwandt hat, diese Mitteilung würde Reichsinteressen gefährden.

Für derartig dunkle Zwecke verausgabt die Regierung täglich rund 1400 Mark. Und zwar ohne daß die sozialdemokratischen Abgeordneten dagegen Einspruch erheben.

Was geschieht nun, nachdem der Posten nicht genehmigt worden ist? Wird der zuständige Minister, der — wie die Regierung erklärt hat — allein die volle Verantwortung für die ordnungsmäßige Verwendung der Gelder hatte, haftbar gemacht, in diesem Falle Herr WIRTH? Das wäre interessant zu erfahren.

Wie der Reaktion und dem Faschismus Vorschub geleistet wird!

Th. Das Kartell für proletarische Einheit in Kassel hatte sich für die diesjährige Maifeier die Aufgabe gestellt, die Freien Gewerkschaften zu einer wirklich neutralen Haltung zu bewegen und ihnen die Ueberlegung nahezubringen, ob es jetzt für die Gewerkschaften nicht höchste Zeit ist, sich aus der Umklammerung der SPD freizumachen, nachdem die Wahlen der letzten beiden Jahre gezeigt haben, daß die reaktionären und faschistischen Fluten alles hinwegzuspülen drohen, nachdem deutlich geworden ist, daß die Gewerkschaften infolge ihrer Verbrüderung mit der SP Gefahr laufen, mit in den Strudel des Niedergangs dieser Partei gerissen zu werden. Außerdem hatte das Kartell die wohl begründete Auffassung, daß unter der alleinigen Führung der Freien Gewerkschaften eine viel wichtigere Demonstration und Kundgebung zustande kommen würde, als dann, wenn die Gewerkschaften wieder am Parteikarren der SP ziehen würden.

Das Kartell hatte rechtzeitig, 4 Wochen vor der Maifeier, den Ortsausschüssen der Freien Gewerkschaften in freundschaftlicher Weise folgende Anregungen gegeben:

1. Selbständig und ohne Verbindung mit einer Partei zur Demonstration und zu den anderen gewerkschaftlichen Veranstaltungen aufzurufen.
2. Die politischen Parteien ruhig ihre eigensinnigen Wege gehen zu lassen.
3. Den Maiauftritt an alle sozialistisch und international eingestellten Arbeiter zu richten.
4. Bei den gewerkschaftlichen Veranstaltungen durch Auswahl der Redner und den Inhalt der Reden für parteipolitische Neutralität zu sorgen.

Auf diese Anregungen einzugehen, oder sie auch nur einmal zu diskutieren, wurde von der Leitung der Freien Gewerkschaften abgelehnt. Einer der freigewerkschaftlichen Ortsausschüsse hielt es nicht einmal für nötig, dem Kartell eine Antwort zu geben. Solche Verkehrsformen sind nicht einmal bei der Harzburger Front anzutreffen. Aber wer ehrlich um die Herstellung der proletarischen Einheit bemüht ist, wird sich auch durch solche beschämenden Erfahrungen nicht von seinen Anstrengungen abbringen lassen, zunächst einmal für die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einigung der Arbeiterklasse und der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften alle Kräfte einzusetzen.

Was tun nun aber die Gewerkschaften am 1. Mai in Kassel? Ihre Führer — Meister der Demokratie, die sie nun einmal sind — haben die Mitglieder nicht befragt. Sie verstecken sich hinter dem „Kulturkartell“, einer Zusammenfassung der lokalen Spitzen der SP, der Gewerkschaften und Arbeiter-Sport- und Sängerbünde. Der ADGB-Ortsausschuß nennt diese Organisation die „Einheitsfront“, die sich die Kasseler Arbeiterorganisationen geschaffen haben“, und klärt das Kartell für proletarische Einheit darüber auf, daß die

nicht gefragten Mitglieder durch Teilnahme an den Veranstaltungen des sozialdemokratisch geführten Kulturkartells zur wichtigen Ausgestaltung seiner Maikundgebung beitragen können.

Die Sekretäre der SP und der Gewerkschaften beherrschen die Kunst der Geschäftsführung, die in der Demokratie zum Erfolg führt, gut. Sie machen einfach unter Ausschluß der Öffentlichkeit aus den Organisationen, die von ihnen beherrscht werden, ein „Kulturkartell“ und führen diese raffinierte Gründung den Arbeitern als die „Einheitsfront“ vor, allerdings ohne zu bedenken, daß diese Art von Bauernfängerei bei den Arbeitern heute nicht nur nicht mehr verfangt, sondern sie sogar in das Lager der Feinde treibt. Daß der verbündeten Bürokratie der Gewerkschaften und der SP dieß Spiel in den vergangenen Jahren so oft gelungen ist, verführt sie dazu, es auch jetzt wieder damit zu versuchen. Von „Kulturkampf“ ist in dem erwähnten Kulturkartell übrigens nicht die Rede; denn der deutsche Freidenkerverband, der in Kassel zufällig nicht von der SP beherrscht wird, ist schon bei der Gründung dieses Kulturkartells nicht einmal einer Einladung würdig befunden worden.

Das alles könnte uns gleichgültig sein, wenn nur dabei nicht noch der letzte Rest von Kampf-, Arbeits- und Opferfreudigkeit in den Reihen der klassenbewußten Arbeiter vor die Hunde ginge oder sich in eine Verzweiflungsstimmung verwandelte, bei der die Faschisten als lachende Erben das ernten, was sie nicht gesät haben, nämlich die anständige Gesinnung der Jugend und wertvoller Teile der deutschen Arbeiterschaft, die in Liebe das alte sozialistische Ideal im Herzen getragen hat, und sich jetzt von den verantwortlichen Hütern des Ideals geäußert und verlassen sehen. Den unversöhnlichen Feinden der Arbeiterschaft ist die Arbeit ganz gewaltig erleichtert worden, sowohl durch das Beispiel einer verantwortungslosen Haltung, wie es in dieser Frage wieder von den Kasseler Ortsausschüssen der Freien Gewerkschaften gegeben wird, als auch durch die ebenso verantwortungslose RGO-Politik der KP. Vorschubleistung der SP und der KP für die Reaktion und den Faschismus!

Wir raten den Kasseler Gewerkschaftsmitgliedern, die nicht mit der Verkuppelung von Gewerkschafts- und SP-Interessen einverstanden sind:

Keine Beteiligung an den Veranstaltungen dieses Kulturkartells!

Und allen Gewerkschaftern im Reich:

Kampf gegen die Vermengung von sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Interessen und für Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit der Arbeiterklasse.

Weg mit den unsauberen Händen selbstüchtiger Parteimänner von den Gewerkschaften.

Mai-Demonstration auch in Mecklenburg verboten.

e Schwerin, 28. April.

Das mecklenburgische Ministerium des Innern macht darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 4. November 1931 über das Verbot von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel auch für die am 1. Mai üblichen Umzüge Geltung haben. Ausnahmen werden vom Ministerium nicht zugelassen werden.

Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin ist eine Regierung der Parteien rechts vom Zentrum. Diese Parteien hatten bei der vorigen Landtagswahl eine Einheitsliste aufgestellt.

Reingefallene Betrüger.

Der Uralzeff-Prozess.

H. Im. Schon wieder beschäftigte ein größerer Wirtschaftsprozess die deutschen Gerichte. Und wieder haben für die Öffentlichkeit weniger die einzelnen Taten der Angeklagten Interesse als die grundsätzlichen Fragen, die hierbei aufgerollt wurden.

Bei dem Uralzeff-Prozess handelt es sich kurz darum, daß der Kaufmann und Apotheker MICHAEL ALEXANDER URALZEFF die Raiffeisenbank durch betrügerische Handlungen um 10 Millionen Mark gebracht haben soll.

Die Raiffeisenbank hat bekanntlich in erster Linie die Aufgabe, landwirtschaftliche Kredite zu vermitteln wie auch sonst der Landwirtschaft zu dienen. Hätte die Raiffeisenbank sich an diese Aufgabe gehalten, so wäre der Betrug durch URALZEFF unmöglich gewesen. Infolge verfehlter Spekulationen hatte jedoch die Bank erhebliche Verluste erlitten, die sie durch neue Spekulationen, die völlig außerhalb ihres Aufgabenkreises lagen, wieder auszugleichen versuchte.

So geriet sie auch an den Kaufmann URALZEFF, dem angeblich an der Finanzierung eines illegalen Einfuhrgeschäftes mit Sowjet-Rußland unter Umgehung der offiziellen russischen Handelsvertretung lag.

Während URALZEFF hierbei die Raiffeisenbank offenbar hinter Licht führen wollte, sollte er wiederum dieser in doppeltem Sinne als milchgebende Kuh dienen. Die Bank wollte nämlich nicht nur an der Finanzierung außerordentlich viel verdienen, sondern es gelang ihr auch, außerdem den Betrüger ihrerseits dadurch zu betrügen, daß sie ihm ein großes nahezu wertloses Aktienpaket zu einem ungewöhnlich hohen Kurs andrehte.

Wie bereits betont, ist in diesem Fall der Betrug eines einzelnen Kaufmannes, der überdies wegen mangelnder Beweise freigesprochen wurde, weit weniger interessant als die Tatsache, in welcher skandalöser Weise die Raiffeisenbank, die unter starkem deutschnationalem Einfluß stand, geleitet wurde. Auch hier liegt wieder ein Versagen sogenannter Kontroll- einrichtungen vor.

Wieder eine NS-Regierung. Verhandlungen in Anhalt.

e Dessau, 28. April.

Die anhaltischen Rechtsparteien beschlossen, wie sie in einer Erklärung mitteilen, „in grundsätzlicher Einigkeit über die seitens der Nationalsozialisten vorgeschlagenen Grundsätze, sich zu einer Regierungskoalition zusammenzuschließen“.

Von den 36 Mandaten des neuen anhaltischen Landtages haben die NS 15, die Deutschnationalen 2 und die DVP ebenfalls 2. Diese drei Parteien zusammen verfügen also über eine Mehrheit von einer Stimme. Das Zentrum und die Staatspartei haben je 1 Mandat, die SPD 12 und die KPD 3.

Die bisherige Regierung wurde von dem Sozialdemokraten DEIST geleitet. Außer der SPD war die Staatspartei an ihr beteiligt. Das Zentrum verfügte in dem alten Landtag über kein Mandat.

Kölner Polizeipräsident gegen Nazi-Zeitung.

f Köln, 28. April.

Der Polizeipräsident gibt bekannt, daß er von der Redaktion des „Westdeutschen Beobachter“ (NS) in Köln auf Grund des § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung verlangt: „In Ihrer Nummer 91, Jahrgang 8, vom Donnerstag, dem 28. April 1932, steht auf der ersten Seite „Dr. LEY durch die Kölner Polizei im Bereich des Polizeipräsidenten BAUKNECHT auf das grausamste mißhandelt“. Diese Nachricht ist falsch. Richtig ist, daß in meiner Gegenwart Dr. LEY von Polizeibeamten nicht mißhandelt worden ist.“ Der Polizeipräsident teilt weiter mit: „Im übrigen werde ich wegen der Behauptung, Dr. LEY sei von der Kölner Polizei auf das grausamste mißhandelt worden, eine Untersuchung einleiten und füge hinzu, daß ich gleichzeitig gegen den „Westdeutschen Beobachter“ Strafantrag wegen Beleidigung stelle.“

12000 Gastwirtsangestellte ausgesperrt.

Gewerkschaften lassen weiter abbauen.

Hk. Berlin, 29. April.

Die Unternehmer der Berliner Hotelbetriebe, und zwar gerade der größten (u. a. Adlon, Esplanade, WOLLENBERG-Betriebe) haben gestern damit begonnen, Tausende von Kellnern, Wäschern und anderen Angestellten auf die Straße zu werfen, um ihnen von dem jährlichen Urlaubsgeld 11 Mark abzuziehen, und zwar nachdem die Zeit verstrichen war, für die den Angestellten der Urlaub zustand.

Nach dem bisherigen Vertrag standen den Gastwirtsangestellten nach einjähriger Tätigkeit sechs, nach dreijähriger Tätigkeit neun Tage Urlaub im Jahr zu, bei einem Urlaubsgeld von sechs Mark für den Tag. Das war für die Arbeitgeber angeblich nicht mehr erträglich: sie kündigten den Lohn- und Manteltarifvertrag zum 30. April und forderten Herabsetzung der Urlaubszeit auf fünf bzw. sieben Tage und des Urlaubsgeldes auf drei Mark. Daß sie diese Forderungen gerade zum 30. April erhoben, hat seinen Grund in der Bestimmung des Tarifvertrages, wonach der Urlaub denjenigen zusteht, die am 1. Mai noch im Dienst sind und eine ununterbrochene einjährige bzw. zweijährige Tätigkeit bei derselben Firma hinter sich haben. Mit anderen Worten: zum 1. Mai wird der Urlaubsanspruch wirksam.

Die Gewerkschaft (Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten) war so entgegenkommend, „mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage“ eine zehnprozentige Kürzung des Urlaubsgeldes zuzugestehen unter der Bedingung, daß der gegenwärtige Tarifvertrag bis Ende September verlängert würde. Die Unternehmer waren damit nicht zufrieden; sie erklärten vielmehr, einen neuen Vertrag nur mit einer Geltungsdauer bis zum 30. Juni abschließen zu wollen.

Da die Gewerkschaft dies ablehnte, scheiterten am Mittwoch die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Die Antwort der Unternehmer erfolgte am Donnerstag früh mit einer Aussperrung von einstweilen 12 000 Gastwirtsangestellten.

Das sind jedoch erst die Angestellten mit mehrtägiger Kündigungsfrist. Kündigungen der Angestellten, die kürzere Kündigungsfrist haben, werden noch erwartet. Bis heute morgen waren beim Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten noch keine weiteren Kündigungen gemeldet.

Es handelt sich hier um einen Erpressungsakt der Unternehmer: die „Kündigung“ ist nämlich mit der Maßgabe ausgesprochen worden, daß Wiedereinstellung nur erfolgen würde, wenn die Angestellten sich mit den neuen Urlaubsbedingungen einverstanden erklären würden.

Die Gewerkschaft vertritt den Standpunkt, daß diese „Kündigung“ arbeitsrechtlich unzulässig ist, da nach dem Tarifvertrag der Urlaubsanspruch zum 1. Mai wirksam wird. Der Konflikt wird also vor das Arbeitsgericht kommen.

Da die Gewerkschaften bereits mit einer zehnprozentigen Kürzung des Urlaubsgeldes einverstanden gewesen sind, dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Unternehmer annehmen, daß man mit den Gewerkschaften alles erlauben kann, wenn man es nur mit hinreichender Furchtlosigkeit in der Tat ist diese Spekulation allgemein menschlich verständlich. Schon KANT, der von Gewerkschaftskämpfen noch keine Ahnung hatte, und auch nicht haben konnte, hat gesagt:

„Wer sich zum Wurm macht, kann nachher nicht klagen, daß er mit Füßen getreten wird.“

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Mai-Feiern des ISK:

BERLIN

Freitag, den 29. April 1932, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41, Nähe Bf. Börse.

1. Musik.
2. Aufführung: „Und wir haben nichts dagegen getan!“ Von Andersen und Hickerson. (Szenen aus dem Prozeß gegen Sacco und Vanzetti).
3. Musik.
4. Rede: WILLI EICHLER.
5. Gemeinsamer Gesang: „Die Internationale“.

Eintritt: 30 Pf. Erwerbslose: 15 Pf.

HAMBURG

Am Sonnabend, dem 30. April 1932, bei Thomssen, Beim alten Schützenhof 4:

„Klassenjustiz!“

Szenen aus dem Sacco- und Vanzetti-Drama: „Und wir haben nichts dagegen getan.“

Von Maxwell Anderson und Harold Hickerson.

Rede: Willi Eichler (Berlin).

Eintritt 20 Pf.; für Erwerbslose 10 Pf. Saalöffnung 19.45 Uhr — Beginn 20.15 Uhr.

KÖLN

Samstag, den 30. April 1932, 20.15 Uhr, Großer Saal der Rheinlandloge, Cäcilienstraße 22 (Nähe Neumarkt).

Musik,

Szenen aus:

„Die Jungens von Mons“

von Friedrich Wolf.

Rede: Karl Hinkel (Frankfurt).

Eintritt: 30 Pfg., Erwerbslose 15 Pfg.

BRAUNSCHWEIG

Am Sonnabend, dem 30. April, 20.15 Uhr, in der „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23,

CHIYIN CHEN, Schanghai, spricht:
Für internationale, sozialistische Solidarität!
Gegen Kapitalismus und Ausbeutung!

Musik, Berichte, Rezitationen.

Eintritt: 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

ERFURT

Sonnabend, 30. April, 20 Uhr, Volkshaus Johannesstraße (Hauptgebäude, Zimmer 6).

Rede: Die Malforderungen des Proletariats im dritten Krisenjahr.

Eintritt: 10 Pf., für Erwerbslose frei.

HANNOVER

Am 30. April, 20 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1.

Revue mit Lichtbildern:
Ins Elend hinein Aus dem Elend heraus!

Redner: Karl Eckerlin (Kassel).

Eintritt: 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

MAGDEBURG

Sonntag, den 1. Mai 1932, 20 Uhr, in den Apollo-Festsälen, Wallstraße 2a.

Rede: Nora Block (Bochum).

Revue: Die Internationale.

Eintrittspreis 25 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

**Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate**

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

**Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Landheime,
Ferien-Lager, Schulen u. s. w.**

erhalten

Reform-Nahrungsmittel

zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel

III Tadelloser Sitz III

Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.

Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8.

Telephon: 25 53 42

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen

Otto Pfotenhauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebot!

In einigen Tagen erscheint:

Indien

Von KARL HINKEL

in der Zange

Die wirtschaftliche Not eines grossen Volkes

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten.
Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

In der Zange das englischen Imperialismus und des
indischen Kapitalismus eingekellt liegt Britisch-Indien

353 Millionen brauner Menschen sind — dank der Herrschaft der Indischen Religionslehren — preisgegeben der
verleinten Ausbeutung fremder Eindringlinge und
einheimischer Unterdrücker

Die Unterdrückten in den vom Internationalen Kapitalismus
versklavten Ländern fordern von uns

internationale Gesinnung
internationale Aktivität!

AUS DEM INHALT:

Die wirtschaftliche Lage in Indien. Die Ursachen der wirtschaftlichen Ausbeutung und Armut in Indien. Die Grundprinzipien zur Beseitigung d. wirtschaftlichen Ausbeutung. Die Aussichten für die Durchführung dieser Massnahmen.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

ISK

Zeitschrift des Internationalen
Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in:

**Deutsch, Englisch
und Esperanto**

Internationale Verlags-Anstalt G. m. b. H.
Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Volksgesundheit in der Krise.

Denkschrift und Wirklichkeit.

Die Denkschrift des Reichsministers des Innern über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes, die Ende vorigen Jahres veröffentlicht wurde, gab bekanntlich ein sehr optimistisches Urteil ab über den allgemeinen Stand der Volksgesundheit in Deutschland. Der beträchtliche Rückgang mancher Krankheiten, wie Diphtherie, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten sowie der immer noch vorhandene Rückgang der Sterblichkeitsziffern lassen sich nicht leugnen. Es ist auch richtig, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit gesundheitliche Schäden zurückgegangen sind, die durch bestimmte Berufe oder in bestimmten Gewerben verursacht werden, ebenso auch Unfälle bei der Arbeit, wie etwa im Baugewerbe. Aber auf der anderen Seite sind zweifellos viele Anzeichen der wachsenden Verschlechterung der Volksgesundheit vorhanden. Wie sollte es auch anders sein bei der immer mehr um sich greifenden Massenverelendung! Die amtliche Denkschrift sagt darüber viel zu wenig, obwohl sie im Schluß immerhin der Besorgnis Ausdruck gibt, daß bei weiter steigender Arbeitslosigkeit die Volkskrankheiten in den verarmten Schichten ansteigen würden. Sie hat daher auch mit Recht scharfe Kritik in Kreisen links gerichteter Aerzte gefunden.

Das Abbau-„Notprogramm für die Gesundheitsfürsorge“.

Inzwischen ist nun nicht nur die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen, sondern ein erheblicher Abbau der öffentlichen Gesundheitsfürsorge, das „Notprogramm für die Gesundheitsfürsorge“, ist in Kraft getreten, durch das Abstriche an den Ausgaben in der Tuberkulose- und Geschlechtskrankheitsfürsorge, in der Krüppelfürsorge, der Schulpflege, ja eigentlich auf allen Gebieten der Gesundheitsfürsorge gemacht worden sind.

Die regelmäßigen schulärztlichen Untersuchungen z. B., eine wichtige vorbeugende Maßnahme, ist vielfach auf Untersuchungen der Schulanfänger, der zur Entlassung kommenden und eines mittleren Jahrgangs beschränkt worden. Damit werden aber gerade die Anfangsschäden bei den Kindern nicht mehr mit Sicherheit erfaßt! — Selbst die am dringendsten erholungsbedürftigen Kinder können oft nicht mehr verschickt werden, weil keine Mittel dafür vorhanden sind. All diese Abbaumaßnahmen müssen verheerende Wirkungen haben. Die schulärztlichen Beobachtungen der vergangenen Zeit weisen denn auch auf zunehmende Verschlechterungen hin: Die Verschmutzungskrankheiten — ein deutliches Zeichen absteigender Volksgesundheit — nehmen erschreckend zu; das Auftreten offener Tuberkulose — bei Schulkindern in den letzten Jahren eine Seltenheit! — wird häufiger gemeldet; schwere nervöse und psychische Störungen treten vielfach auf.

Kinderärzte, wie LANGSTEIN und COERPER, weisen darauf hin, daß die Rachitis zunimmt. DR. FELIX BOENHEIM berichtet, daß er unter den Kindern, die in Berliner städtischen Heimen untergebracht sind, eine große Zahl dauernd geschädigter fand, denen auch durch eine Erholungskur von kürzerer Dauer nicht geholfen werden kann.

In einem Vortrag in der Berliner Ärztekammer zeigte DR. HEDDESHEIMER an Hand eines umfangreichen Materials das Sinken des Gesundheitsstandes an der Zunahme der Grippe und ihrer Folgeerkrankungen der Herz- und Gefäßkrankungen, der Nervenkrankheiten, seelischen Störungen und Selbstmorde.

Unterernährung.

Unter den Erwachsenen, die von den Wohlfahrtsämtern zum Arzt geschickt werden, finden sich immer häufiger Menschen mit starkem Untergewicht. In einzelnen Fällen war das Gewicht unter 80 kg, häufig finden sich Gewichtszahlen zwischen 40 und 45 kg. Diese Menschen klagen z. B. über Magenbeschwerden und Ohnmachten, ohne daß eine bestimmte Krankheit nachweisbar wäre. Offenbar handelt es sich um unterernährte Menschen.

Der Gesundheitszustand gerade der Arbeitslosen ist nicht zuletzt infolge der ständig schlechter werdenden Ernährung bedroht. Selbst für den beschäftigten Arbeiter berechnete KUCZYNSKI, daß er durchschnittlich 1928 nur 83 Prozent, 1929 nur 81 Prozent und 1930 nur 77 Prozent der Kosten für eine ausreichende Ernährung und Lebenshaltung der Familie verdienen. Inzwischen ist das Einkommen noch erheblich gesunken, vor allem weil immer mehr arbeitslose Familienmitglieder von den Arbeitenden mit unterhalten werden müssen. Nach Erhebungen

von BUCHNER veranschlagte das Berliner Statistische Amt 1928 für eine fünfköpfige Familie monatlich 104,— Mark allein für die Ernährung, als Minimum. Die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel der Arbeiterfamilien sind nicht erheblich gesunken. Und heute erhält eine fünfköpfige Familie den Wohlfahrtssatz von insgesamt 96,— Mark. Das soll für alle Ausgaben reichen! Der Arbeitslose erhält für eine Woche bei zwei bis drei Kindern etwa 18,— Mark. Er kann ebensowenig davon auch nur die dringendsten Ausgaben für Ernährung, Kleidung und Wohnung bestreiten.

„Schleichende Hungersnot.“

In der „Zeitschrift für Ernährung“ (Nr. 11/1931) wird denn auch in einer eingehenden Untersuchung über die Ernährung der Arbeitslosen berechnet, daß z. B. für ein Schulkind in arbeitslosen Familien für den Tag nur noch 25 bis 30 Pfennige (ja in manchen Fällen nur 14 Pfennige zur Verfügung stehen. (50 Pfennige pro Tag hat das Statistische Reichsammt in niedriger Schätzung als notwendigen Mindestsatz aufgestellt!) Die Schulspeisungen aber werden immer mehr abgebaut! Diese Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß in den breitesten Schichten des Volkes das Ernährungsminimum schon um weit mehr als die Hälfte unterschritten ist, ja, daß eine schleichende Hungersnot vorhanden ist, deren Folgen erst die Zukunft offenbaren wird.

„Einrichtungen zum Schutz von Mutter und Kind.“

Mutter und Kind sind in Zeiten der heutigen Not besonders gefährdet. Die Einrichtungen zu ihrem Schutz sind demgegenüber ungenügend und werden trotzdem immer weiter abgebaut. Der Abbau der Familienhilfe und der Sonderleistungen der Krankenkassen durch die Notverordnung vom 1. Januar 1932 betrifft gerade sie besonders hart.

Ueber die in Deutschland vorhandenen „Einrichtungen zum Schutz von Mutter und Kind“ ist Ende 1931 gleichfalls eine amtliche Denkschrift erschienen, die vom Reichsinnenminister und Reichsarbeitsminister verfaßt und dem Reichstag zugeleitet worden ist. Sie gibt Aufschluß über verschiedene interessante Tatsachen. Wir erfahren daraus z. B., daß es in Deutschland nur 205 Mutterheime gibt, in denen also Mutter und Kind nach der Entbindung Aufnahme finden, mit 4887 Betten. Selbst die Denkschrift gesteht, daß damit „der Bedarf keineswegs genügend gedeckt zu sein scheint“.

Auch die Zahl der Säuglings- und Kinderkrippen ist nur gering. Es gibt 333 Krippen mit 11 598 Plätzen. Wie wenig das ist, wird uns klar, wenn wir bedenken, daß es mehrere Millionen erwerbstätiger Frauen in Deutschland gibt; bei der letzten Volkszählung waren es 11 1/2 Millionen, wovon heute natürlich ein Teil erwerbslos ist.

In den vorhandenen Kindergärten gibt es 422 000 Plätze. Genügt diese Anzahl? HENNY SCHUMACHER hat (in der „Sanitätswarte“ Nr. 7/1932) nachgerechnet, daß rund 5 1/2 Millionen Kinder einen Kindergarten brauchen, wenn ihnen eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung gesichert werden soll. Kaum 1/2 Million Plätze sind aber vorhanden! Sie rechnet dazu alle Kinder erwerbstätiger Mütter und auch die Mehrzahl der Kinder von Erwerbslosen; denn selbst wenn hier Vater oder Mutter zu Hause sind, — Hunger, Kälte, die enge Wohnung, die verzweifelte Stimmung der verbitterten Eltern, die oft genug die Kinder fühlen lassen, wie unerwünscht sie ihnen gekommen sind, — all das ist sicherlich kein geeignetes Milieu für das Aufwachsen gesunder Kinder.

Verwahrloste Kinder.

Die Verwahrlosung der Kinder auf den Straßen nimmt denn auch zu. In Berlin hat man 36 Kinderbanden festgestellt, die sich zum Stehlen zusammengeschlossen haben, in Löchern übernachten und auf Raub ausziehen! So berichtet HENNY SCHUMACHER in einem Aufsatz in der „Gewerkschaft“ Nr. 16/1932. Wie stolz behaupten oft gerade Sozialdemokraten, daß „so etwas“ nur im bolschewistischen Rußland möglich sei!

Den konfessionellen Anstalten ausgeliefert.

Für die seelische Gesundheit der Kinder ist eine andere Zahl von Bedeutung, die auch aus dieser Denkschrift hervorgeht. Unter 100 Plätzen der vorhandenen Heime für Mutter

und Kind befinden sich 90, bei den Kindergärten sogar 98 in konfessionellen Anstalten. Bei der ständig steigenden Belastung der Gemeindefinanzen sind gerade die öffentlichen, nicht konfessionellen Heime besonders bedroht.

Mehr hygienische Volksbelehrung!

Die zuerst erwähnte GROENERSche Denkschrift schließt mit einem Appell für verstärkte hygienische Volksbelehrung. Aufklärung in Gesundheitsfragen ist gewiß dringend und nützlich. Aber dieser Aufruf der Regierung ist solange ein Hohn auf die notleidende Bevölkerung, solange die praktischen Maßnahmen zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage fehlen und die Gesundheitsfürsorge immer mehr abgebaut wird. Sie ist auch ein Hohn, weil die am dringendsten notwendige Volksbelehrung, die Belehrung über schwangerschaftsverhütende Mittel, von Staats wegen nicht nur nicht gefördert, sondern geradezu gehindert wird (z. B. durch den Paragraphen 184, Absatz 3 des Strafgesetzbuches, der die Propaganda von Präventivmitteln einschränkt). Diese Aufklärung aber ist die wichtigste, heute mögliche positive Maßnahme zur Bekämpfung der illegalen Abtreibung und der damit verbundenen schweren gesundheitlichen Schädigungen der Frauengesundheit.

Aber GROENER will eben auch den „Willen zum Wiederaufstieg“ wecken, und das vertritt sich für ihn als Nationalisten nun einmal nicht mit einer verantwortungsbewußten Geburtenregelung. Diese in die Hand zu nehmen, ist daher heute im wesentlichen der Arbeiterschaft selber als Aufgabe gestellt.

Maria Hodann.

Sozialisierung der Aerzte.

M. H. Die „Medizinische Wochenschrift“ veröffentlichte vor einiger Zeit einen Bericht aus Kanada, der interessante Erfahrungen über die ärztliche Versorgung der Bevölkerung in Kanada enthält. Einige Gemeinden haben festbesoldete Aerzte eingestellt, deren Gehalt durch eine gestufte Steuer auf den Grundbesitz aufgebracht wird. Demnach trägt der Großgrundbesitzer einen größeren Anteil an den Kosten, als der Landwirt mit geringerem Grundbesitz. Die ärztliche Versorgung ist für alle Bevölkerungskreise völlig kostenlos. Nur in einzelnen Gemeinden wird für besondere ärztliche Leistungen, wie z. B. für chirurgische Eingriffe, ein besonderes Honorar bezahlt, dessen Höhe sich gleichfalls nach dem Grundbesitz richtet. Die angestellten Aerzte sind gleichzeitig als Fürsorgeärzte tätig. Sie üben z. B. den schulärztlichen Dienst aus. Es wird ausdrücklich betont, daß die kostenlose ärztliche Hilfe nicht zu einem Mißbrauch seitens der Patienten geführt habe. Dies sei auch die Ansicht der Aerzte selber. Vielmehr sei es heute so, daß die Kranken rechtzeitig zum Arzt gehen und eine Verschleppung und Vernachlässigung der Krankheiten in viel größerem Umfange vermieden wird als früher. Das Einkommen eines Arztes beträgt — abgesehen von den erwähnten Nebeneinnahmen — etwa 4000 Dollar jährlich. Die in den gleichen Gegenden früher frei praktizierenden Aerzte erreichten dies Einkommen nicht. In der Bekämpfung der Tuberkulose sind Fortschritte erzielt worden. Bei der Todesursachenstatistik steht sie heute an siebenter Stelle, während sie früher an zweiter Stelle stand. Dieser Fortschritt wird auf die bessere und rechtzeitige Erfassung der Kranken unter dem neuen System zurückgeführt.

Die hier mitgeteilten Erfahrungen sind jedenfalls für den Streit um die Sozialisierung des Heilwesens auch in Deutschland von Bedeutung und sollten weiter verfolgt werden.

Öffentlicher Wirtschaftskursus.

Das sozialistische Programm

zur Beseitigung der Wirtschaftskrise

Unter diesem Thema wird Dr. HELLMUT RAUSCHENPLAT, Wirtschaftsredakteur des „Funken“, einen vom ISK veranstalteten Wirtschaftskursus leiten.

Der Kurs beginnt am Freitag, dem 6. Mai, um 20 Uhr im

Berliner Gewerkschaftshaus, Engelauer 24.

Er wird voraussichtlich an 4 Abenden stattfinden. Der Kursbeitrag beträgt pro Abend und Teilnehmer 50 Pfennige. — Für Arbeitslose frei.



OEL UND LAND
Von B. Traven

(4. Fortsetzung.)

Sie wären sicher zur Lösung gelangt, die beide befriedigt hätte, weil beide die gleiche Sprache redeten. Sie hätten sprechen können von Gesetzen, die dann nötig wurden, von Parlamentsbeschlüssen, von Dekreten des Präsidenten, von besseren Transportmöglichkeiten, von Massenproduktion notwendiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Massenproduktion infolge weitgehender Anwendung hochkräftiger Maschinen und wissenschaftlicher Lehren. Freilich blieb die Frage immer offen: Wo nehmen wir das Land her? Denn daß man Mais aus den Abfallprodukten des Oels oder aus der Schlacke der Steinkohle machen könnte, das schien selbst einem Licenciado ein wenig zu weit gegriffen.

Wie dem auch immer war, gegenüber der vorblühenden Einfachheit, in der Hacinto die Probleme der menschlichen Gesellschaft und des menschlichen Daseins sah, kam sich Señor Perez sehr hilflos vor. Er konnte den Indianer nicht erreichen. Es war so, als ob der Indianer auf einem anderen Planeten stünde, zu dem man von dem Planeten, auf dem der Licenciado stand, niemals und mit keinem Mittel hinüberreisen kann.

Der Indianer fühlte nicht, daß er den Licenciado geschlagen hatte, weil er nicht begriff, daß jemand anders denken konnte als er, der Indianer, der in der Erde und mit der Erde lebte. Als ein Erzeugnis der Erde. Gleich einem Baume. Darum konnte er auch mit der letzten Waffe, die die Licenciado für die stärkste Waffe hielt und bis zuletzt aufbewahrt hatte, nicht besiegt werden.

Señor Perez nahm den weißen Leinensack zur Hand. Er wag ihn eine Weile betrübtlich, und dann schüttelte er mit

einer raschen Bewegung den ganzen Inhalt aus. Es waren alles goldene Zehn-Peso-Stücke. Hidalgo. Weil sie das Bild des mexikanischen Befreiungskämpfers Hidalgo aufgeprägt trugen. Señor Perez begann das Geld abzuzählen, als ob der Kauf bereits vor sich gegangen war.

Er häufte das Geld in kleinen Säulchen auf, je fünfzig Hidalgos übereinandergelegt. Es sah sehr hübsch aus. Er hatte endlich vierhundert solcher Säulchen aufgestellt in Reih und Glied wie Soldaten.

Wohlgefallig, beinahe andächtig, überblickte er das Regiment und sagte: „Die Company zahlt ihnen für das Hektar fünfhundert Pesos Oro Nacional. Achthundert Hektar sind vierhunderttausend Pesos in Gold. Das hier sind nur zweihunderttausend. Sie bekommen also noch einmal den gleichen Haufen. Morgen schon, wenn Sie wollen.“

Der Einderuck, den Señor Perez zu erwecken gehofft hatte, blieb völlig aus. Der Indianer hatte durchaus kein Verständnis für diese Menge des Goldes. Hätte man ihm einen Berg Mais hingelegt oder fünfhundert Schweine, das hätte er verstanden. Freilich hätte er auch dafür die Rosa Blanca nicht verkauft. Der Mais wäre eines Tages aufgegessen, und die Schweine waren eines Tages aufgegessen. Was dann darauf? Hunger für die, die nachkommen. Verlässlich war nur die Erde. Sie erzeugte ewig und ewig sich wiederholend in Jungfräulichkeit, in bebender Liebe, in heißem Empfangen, in jubelndem Gebären, in zufriedener Dahinwelken und dann wieder das stille heilige Neuaufkeimen rührender Jungfräulichkeit, bebender Liebe und so an und so fort ewig und ewig wie die Sonne, wie der Mond, wie Tag und Nacht.

Aber das Geld, der Mais, die Schweine, so viel es auch war, das alles war nur einmal und niemals wieder. Hacinto wußte recht gut den Wert eines Hidalgos. Das waren hundert oder hundertfünfzig oder auch nur achtzig Kilo Mais, je nach dem Marktpreis. Es war ein ausgewachsenes Schwein mittelmäßiger Güte. Ein Hidalgo, zehn Pesos, war viel Geld. Aber dieses Regiment Goldstücke, die hier auf dem Tisch aufmarschiert waren, machten keinen Eindruck auf Hacinto. Deren Wert faßte er nicht. Das war Gaukolei. Einen solchen Wert gab es nicht.

„Das sieht sehr schön aus, Señor Perez“, sagte er endlich, um der Spielerei des Licenciado eine Anerkennung zu widmen.

„Gehört alles dir, Hacinto.“ Señor Perez duzte ihn plötzlich, um recht brüderlich zu erscheinen. „Das gehört alles dir und noch einmal soviel, denn das ist nur die Hälfte. Für die Rosa Blanca.“

Der Licenciado hätte Hacinto auch ganz gut das Geld anbieten können für das Recht, ihm das Herz aus der lebenden Brust schneiden zu dürfen. So geschah es, daß jenes Regiment Gold für Hacinto kein Leben annahm. Es erweckte keine Träume in ihm. Regte keine Hoffnungen an. Diese Säulchen hatten keine Macht über ihn und konnten keine Macht über ihn gewinnen, weil vor seinen Augen etwas Größeres stand, etwas Höheres, etwas Heiligeres.

Was er besaß, daß hatte er von seinen Vätern übernommen, nicht um es als Eigentum zu besitzen, sondern um es zu halten und es dereinst weiterzugeben an die Nachfolgenden. Was er besaß, war ihm nur geborgt worden, war nur sein, um es für die kommenden Geschlechter zu verwahren. Seine hohe Pflicht war, das geborgte Gut ungeschmälert weiterzugeben, wenn seine Stunde kam. Was hätte er sagen können, wenn er dereinst in den Jagdgründen der Ewigkeit seine Väter antraf, und sie ihn fragen würden: „Was tatest du mit unserem Gut? Was tatest du mit dem Gut unserer Enkel und Urenkel?“ Er hätte sich vor Scham verkriechen müssen in die fernsten und dunkelsten Büsche, wo nie die Sonne hinscheint und nie der Mond sein sanftes Silber dahingleiten läßt. Und was gar, wenn alle die Väter seiner Compadres kamen und ihn fragte: „Was tatest du mit unseren Söhnen und Töchtern?“

Und das würde so fort gehen bis in die urenigen fernsten Zeiten hinein. Alle dreißig oder vierzig oder fünfzig Jahre würden neue Männer heraufkommen in die grünen Jagdgebiete und würden ihn fragen: „Wo ist das Gut, das dir deine Väter anvertrauten für uns?“ Sie würden ihn herauszerren aus seinem dunklen Winkel und dann wieder zurückschleudern, wenn er nicht antworten könnte. So würde es fortgehen ewig und ewig. Und niemals Ruhe. Niemals Ruhe.

(Fortsetzung folgt.)

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung.

Einwände des „Deutschen Volkswirts“ gegen das Gewerkschaftsprogramm.

Die Frage der Finanzierung ist nicht die entscheidende Frage der Arbeitsbeschaffung. Und doch „geht es natürlich nicht an, etwa auf dem geplanten großen Krisen-Kongress vor die Öffentlichkeit zu treten mit den Worten TARNOWS: „Das Finanzierungsproblem kommt . . . ohnedem auf uns zu.“ — Das schrieben wir am 19. Februar.

Tatsächlich ist auf dem Gewerkschaftskongress ein genauer Finanzierungsplan nicht vorgelegt worden. Das ist bedauerlich und gibt den bürgerlichen Kritikern willkommene Angriffspunkte. Darum wollen wir uns hier in kurzen Zügen mit den bekanntgewordenen Finanzierungsplänen auseinandersetzen.

Der Finanzierungsplan des Krisen-kongresses.

In der Entschliessung des Krisenkongresses heißt es: „Allo noch auftreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfaßten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden; ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.“

Darüber hinaus unterstützt der Kongress die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkswirtschaftlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe. . . .

Woytinskys Finanzierungsquellen.

Für die Verwirklichung des gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms (Beschäftigung von einer Million Arbeitern während der Dauer eines Jahres) müssen etwa 2 Milliarden Mark aufgebracht werden. Hierzu sollen verwandt werden:

1. Alle noch auftreibbaren Steuermittel — wer die Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden kennt, weiß, daß da nicht viel zu holen ist. — Der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen dienen:

2. Die Ersparnisse an Arbeitslosenunterstützung bei den Wiederbeschäftigten und die Steuern und Arbeitslosenbeiträge, die von ihnen aufgebracht werden.

W. WOYTINSKY hat im Märzheft der „Arbeit“ berechnet, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung 600 Millionen Mark von den Kosten der Arbeitsbeschaffung aufbringen könne. Er berechnet ferner, daß die Wiederbeschäftigten 100 Millionen Mark an Erwerbslosenbeiträgen und 200 Millionen Mark an direkten Steuern und Hauszinssteuern zahlen würden. Das wären also insgesamt 900 Millionen Mark.

Hierzu kommen nach WOYTINSKYS Schätzung folgende Ersparnisse und Zuflüsse zu den öffentlichen Kassen:

a) Weitere Ersparnisse an Arbeitslosenunterstützung bei den neu Einzustellenden	200 Mill. Mark
b) Unterstützungsersparnis bei den mittelbar neu Beschäftigten (z. B. den Arbeitern der Verbrauchsgüterindustrie, deren Produkt die unmittelbar wiederbeschäftigten Arbeiter kaufen)	200 Mill. Mark
c) direkte Steuern und Sozialbeiträge der indirekt neu Beschäftigten	150 Mill. Mark
d) Mehreinnahmen an indirekten Steuern	150 Mill. Mark
e) Mehreinnahmen der Gemeinden aus Verkehrsbetrieben	50 Mill. Mark
f) Mehrbeiträge an verschiedenen Sozialversicherungsträger	50 Mill. Mark
	800 Mill. Mark

Dazu kommen obige 900 Mill. Mark
Insgesamt würden also 1700 Mill. Mark

nach WOYTINSKYS Berechnung durch Ersparnisse und Einnahmen aus der Arbeitsbeschaffung aufgebracht. Da des weiteren aber die Reichsbahn an der Beförderung des Baumaterials verdient, ferner die Wiederbeschäftigten und ihre Unternehmer Schulden zurückzahlen, so würde nach WOYTINSKYS Ansicht

das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm eigentlich nichts kosten, sondern sich selber tragen.

Nur die oben errechneten 900 Millionen Mark will WOYTINSKY direkt zur Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms heranziehen. Den Rest von 1100 Millionen Mark will er durch eine Anleihe beschaffen, deren Verzinsung dann aus den aufgezeigten weiteren Ersparnissen erfolgen soll.

So kommen wir zur dritten Finanzierungsquelle im gewerkschaftlichen Programm:

3. Arbeitsbeschaffungsanleihe. Hierüber hat EGGERT auf dem Krisenkongress folgendes ausgeführt:

„Die Arbeitsbeschaffungsanleihe müßte so ausgestattet sein, daß sie die gehorteten Gelder aus dem Strumpf herausholt.“

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollten sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Diese Zwischenfinanzierung geschieht in der Form, daß von den mit den Arbeiten betrauten Unternehmern Wechsel auf die zu gründenden Kreditnehmergesellschaften der Arbeitsbeschaffung gezogen werden. Die mit der Durchführung der Emission (Ausgabe) der Anleihe beauftragten Banken diskontieren diese Wechsel, wobei ihnen die Anleihestücke als zusätzliche Sicherheit dienen. Die Banken ihrerseits können die hereingekommenen Wechsel bei der Reichsbank rediskontieren. Der Status der Reichsbank wird sich durch die Annahme der auf diese Weise gezogenen „Produktions-Wechsel“ nur verbessern, weil diese Wechsel sicherer und besser sind als viele Papiere, mit welchen sich gegenwärtig die Reichsbank abfinden muß.“

Inflationsgefahr?

Im „Deutschen Volkswirt“ (Nr. 29, vom 15. April 1932), einer der besten bürgerlichen volkswirtschaftlichen Zeitschriften, hat CARL LANDAUER scharfe Kritik geübt an diesem Anleiheplan.

„Es ist vollkommen klar, daß damit die Notenpresse zum wesentlichen Finanzierungsmittel des Programms erklärt ist, denn es muß als völlig ausgeschlossen gelten, jetzt oder in naher Zeit eine Arbeitsbeschaffungsanleihe im Publikum unterzubringen.“

Mit dieser skeptischen Beurteilung des Erfolges der Anleihe beim Publikum stimmen wir durchaus überein. — Tatsache ist auch, daß die Reichsbank für den Betrag der erwähnten rund 1,1 Milliarden Mark zunächst aufgenommen müßte, „indem sie Wechsel hereinnimmt und diese so lange wie nötig, also voraussichtlich mehrere Jahre lang prolongiert.“

Auch weiter hat LANDAUER recht:

„Die These, daß dadurch der Status der Reichsbank sogar noch verbessert würde, weil die Arbeitsbeschaffungsstellen kreditwürdigere Schuldner seien als mancher gegenwärtige Wechselschuldner der Reichsbank, verkennt den Hauptgrund der Bedenken, die heute schon gegen einen Teil des Wechselportefeuilles der Reichsbank bestehen. Die privatwirtschaftliche Sicherheit der Papiere ist in der überwältigenden Mehrzahl der Fälle vollkommen ausreichend. . . . Aber diese Stützungskredite liquidieren sich nicht. . . . die Reichsbank würde um vielleicht gute, aber eingefrorene Wechsel reicher, die bei Diskontierung der Wechsel ausgegebenen und natürlich neu geschaffenen Zahlungsmittel (Banknoten oder Giroguthaben) würden einstweilen nicht zurückfließen. . . .“

Die Beleihung der nicht beim Publikum untergebrachten Anleihestücke bei Privatbanken und Reichsbank führt zu einer Kreditausweitung, und darin liegt zweifellos die Gefahr einer Entwertung der Mark.

Die zusätzliche Geldmenge würde die umlaufende Geldmenge von zur Zeit rund 6 Milliarden auf rund 7 Milliarden Mark erhöhen.

„Ich muß dann natürlich die Wirkungen einer solchen Steigerung des Geldumschlages auf den Geldwert, auf die Devisenlage und Zahlungsbilanz in Kauf nehmen.“ (LANDAUER.)

Hier ist tatsächlich eine ernste Inflationsgefahr vorhanden. Sie wird noch verstärkt durch das, was LANDAUER „die psychologischen Gefahren der Kreditausweitung“ nennt: die bescheidensten Maßnahmen dieser Art können eine panikartige Wirkung hervorrufen. Denn das Wiederaufleben von Zweifeln an der deutschen Währung führt sofort zu einer neuen Kapitalflucht ins Ausland, gegen die die schärfste Devisengesetzgebung nichts nutzt, und zu einer neuen „inneren“ Markflucht, einer sturmartigen Abhebung von Sparguthaben zur Umwandlung in „Sachwerte“.

Hierzu kommt noch die Gefahrenquelle, die in den gehamsterten Noten liegt. Von den erwähnten 6 Milliarden Mark sind nur etwa 5 Milliarden wirklich im Umlauf. Der Rest steckt in den Sparstrümpfen. Von da wird er im Augenblick des Neuaufblühens der Inflationsangst ans Licht kommen und „lawinengleich auf den Warenmarkt strömen und erhebliche Preissteigerungen zur Folge haben.“ („Funke“ Nr. 69.) Doch die Inflationsgefahr ist nicht überwindbar.

Wir haben im „Funken“ (Nr. 42 und 69) gezeigt, wie dieser Gefahr erfolgreich begegnet werden kann. Der preiserhöhenden Tendenz einer solchen fest begrenzten Inflation kann im Rahmen eines wissenschaftlich begründeten Programms eine preissenkende Tendenz entgegengestellt werden durch Zerschlagung von Kartellen und die Senkung der Getreidezölle.

Wir haben im „Funken“ und zusammenfassend in der vom ISK dem Krisenkongress vorgelegten Broschüre „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ ein solches Programm entwickelt. Hier sind

die Reserven der deutschen Wirtschaft

aufgezeigt worden, die es ermöglichen, ein systematisch aufgebautes Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren. Die Reserven liegen

1. in den Subventionen, die heute an die Schwerindustrie gezahlt werden und deren Erzeugnisse — insbesondere Kohle und Eisen — verteuern;
2. in den Subventionen an die Großgrundbesitzer, die das Brot und andere wichtige Nahrungsmittel verteuern;
3. in den Rüstungsausgaben, an denen sofort große Abstriche vorgenommen werden können, und den Ersparnissen am Verwaltungsapparat, die durch eine durchgreifende Verwaltungsreform nach und nach erzielt werden können;
4. in der brachliegenden Arbeitskraft von 6 Millionen Arbeitern.

Es heißt in der Entschliessung des Krisenkongresses:

„Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.“

Dieser Gedanke muß vertieft werden:

durch entscheidende Eingriffe in die heutige Monopolherrschaft, durch Abbauen der Subventionen an Schwerindustrielle und Großagrarien, durch eine zweckmäßige Zoll- und Kartellpolitik kann der preiserhöhenden Tendenz einer zahlenmäßig eng begrenzten Notenausgabe zur Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung entgegengewirkt werden.

(Besondere Preisüberwachungsstellen sind dazu weder ausreichend, noch erforderlich.)

Der Krisenkongress hat diese Gegenmaßnahmen nicht systematisch in Rechnung gestellt. Und LANDAUER hat diese Möglichkeit bei seiner Kritik am gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsplan nicht beachtet. Tatsächlich besteht aber hier eine Parallele zu der zusätzlichen Banknotenausgabe, die im Falle eines Runs (eines Ansturms) auf Banken und Sparkassen notwendig und erlaubt ist. Das Mittel, den Ansturm zum Stehen zu bringen, besteht dann in der sofortigen unbegrenzten Bereitstellung der angeforderten Gelder. Der Inflationsgefahr muß aber — wenn man die Währung halten will — gleichzeitig entgegengewirkt werden durch eine außergewöhnliche radikale Diskont- und Zinserhöhung. Die Tauglichkeit dieses Mittels haben wir im Herbst vorigen Jahres bei der Geldkrise in Deutschland erlebt.

Entsprechend kann zum Zwecke des Ingangbringens einer zusätzlichen Arbeitsbeschaffung die Notenpresse zu Hilfe genommen werden, wenn gleichzeitig eine radikale Herabsetzung der Kartellpreise und Getreidezölle erfolgt.

Ist aber zusätzliche Arbeitsbeschaffung überhaupt notwendig?

Nein, meint LANDAUER. Er ist der Ansicht, daß die Wirtschaftserholung von selber kommt.

„Alle bisherige Konjunkturpolitik beruht auf der Erkenntnis, daß die Schrumpfung der Wirtschaft in der Depression nicht nur ein Vorgang der Verelendung, sondern auch ein Vorgang der Heilung ist. Wäre diese These falsch, . . . so müßte man . . . zu noch viel radikaleren Mitteln greifen, als WOYTINSKY und der Gewerkschaftskongress fordern.“

Die These ist falsch, und wir haben ja radikale (das heißt: tatsächlich an die Wurzel der heutigen Wirtschaftsnöte greifende) Mittel aufgezeigt.

Doch warum ist LANDAUERS Ansicht falsch? Er sagt:

„Soviel die Unterstützungseinrichtungen, der höhere Anteil der Steuern am Volkseinkommen und anderes an dem Mechanismus der Konjunktur auch geändert haben mögen, diese Änderungen können im wesentlichen nur die Formen gewandelt haben, in denen das Spiel . . . der wirtschaftlichen Entwicklung sich vollzieht, aber nicht das innere Wesen des Vorgangs selbst.“

Hier irrt LANDAUER. Der Mechanismus der kapitalistischen Marktwirtschaft ist gegenüber der Vorkriegszeit in einer Weise verändert worden, der „das innere Wesen des Vorgangs“ tatsächlich ins Gegenteil zu verkehren droht: die monopolistische Preisgestaltung durch Kartelle, Hochschutzzölle und Staatseingriffe aller Art hat den Konkurrenzmechanismus der kapitalistischen Marktwirtschaft sehr weitgehend ausgeschaltet. Dieser Mechanismus hat auch vor dem Kriege nicht einwandfrei funktioniert — darum kam es immer wieder zu Wirtschaftskrisen! — Aber er hat doch immerhin so weit funktioniert, daß „die Wirtschaft aus früheren Krisen den Weg zum Aufstieg“ stets wieder gefunden hat.

LANDAUER ist der Ansicht, daß die Wirtschaft auch aus der jetzigen Krise den Weg zum Aufstieg von selber finden wird. Wir wollen eine solche Möglichkeit nicht unbedingt verneinen. Wenn aber LANDAUER erklärt, der Weg der Wirtschaftserholung führe über die „Entspannung der Kreditmärkte“, so müssen wir sagen, daß bei der heutigen Lage der Dinge an ein entscheidendes Sinken der Zinssätze in Deutschland vorerst nicht gedacht werden kann. Ein erhöhtes Angebot von Ersparnissen ist erst möglich, wenn die überhöhte Beschneidung der Massenkaufkraft beseitigt und wenn durch eine ankurbelnde Wirtschaftsaktion das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft wieder eine aufsteigende Richtung nimmt. Gerade hierzu ist aber ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendig.

Zwischenfinanzierung genügt.

LANDAUER bestreitet auch die Ansicht von WOYTINSKY, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm eigentlich fast nichts kostet, daß es nur darauf ankommt, die Sache in Gang zu bringen. LANDAUER übersieht, daß die Arbeitsbeschaffung ja normaler Weise in der Marktwirtschaft sich ganz von selber dadurch finanziert, „daß die Menschen sich gegenseitig ihre Produkte abkaufen und dadurch ihre Arbeitsleistungen (und den Zins für ihre Kapitaleinlagen) bezahlen.“ („Funke“ Nr. 42.) Diese automatische Finanzierung funktioniert heute in Deutschland immer noch für rund 13 Millionen Arbeiter und Angestellte. Für 6 Millionen aber ist durch jahrelange falsche Wirtschaftspolitik die automatische Finanzierung der Arbeit außer Kraft gesetzt worden. Darum muß hier zunächst eine künstliche Finanzierung einsetzen, um wenigstens einen Teil dieser 6 Millionen Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß hineinzubringen und nach und nach den Mechanismus der arbeitsteiligen Wirtschaft wieder in Gang zu setzen.

Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist durchaus möglich. Sie erfordert aber entscheidende Eingriffe in den Machtbereich der Schwerindustriellen und Großgrundbesitzer. Nur im Kampf gegen diese heute maßgebenden Mächtegruppen des heutigen Kapitalismus kann ein wirksames Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgesetzt werden.

Karl Hinkel.

200 „Auswege aus der Krise“.

Prof. FRIEDRICH DESSAUER kam am 28. April in einem Vortrag in Frankfurt a. M. auf die unzähligen „Patentlösungen“ zu sprechen, die als Ausweg aus der Wirtschaftskrise angepriesen werden. Er verriet dabei, er habe als wirtschaftspolitischer Referent der Zentrumsparlei die nicht beneidenswerte Aufgabe gehabt, mehr als 200 solcher „Wege aus der Krise“ zu überprüfen.

Krisen-Propheten.

Die Bierbankpolitiker politisierten kräftig. „Ich sage Ihnen“, erklärte Bammler gewichtig, „in zwei Monaten ist die ganze Krise überwunden.“ „Das sagen Sie schon seit drei Jahren.“ Bammler schlug auf den Tisch. „Und ich werde es noch drei Jahre sagen. So sicher bin ich meiner Sache.“ „Aus dem „Ulk“.“